

3.2. Berufspolitisches Engagement ermöglichen

Beschreibung
<p>Professionelle Soziale Arbeit ist ethischen Grundsätzen verpflichtet. Diese sind im Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz festgehalten. Dazu gehört auch, sich als Fachperson nicht nur auf individueller, sondern auch auf struktureller, politischer Ebene für die Befreiung und Ermächtigung von Adressat*innen einzusetzen. Dieser Verpflichtung sollen Fachpersonen nicht in ihrer Freizeit, sondern im Rahmen ihrer Arbeitszeit nachgehen können. Als Führungsperson habe ich die Möglichkeit meinen Mitarbeitenden die Zeit für die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten (in Zusammenhang mit der Arbeit) zur Verfügung zu stellen, beziehungsweise diese sogar einzufordern. Dies kann entweder als fixe Anzahl Stunden pro Woche eingerichtet werden oder in dem zum Beispiel das Engagement im Rahmen des Berufsverbands oder eines Fachverbandes ganz oder teilweise zur Arbeitszeit gezählt werden kann. Der regelmässige Austausch im Team über das Engagement, kann dabei sogar als Multiplikator wirken. Michael Herzka (2013) hält fest: «Es ist eine zentrale Führungsaufgabe, die Teilnahme an den verschiedenen Fach- und Politikdiskursen zu ermöglichen und aktiv zu fördern» (S.125). Das berufspolitische Engagement soll nicht als Gefahr, sondern als Potential für Arbeitgebende wahrgenommen werden. Es kann dazu führen, die Handlungsmacht von Fachpersonen zu fördern und zu einem stärkeren sinnstiftenden Gefühl führen.</p>
Voraussetzungen
<ul style="list-style-type: none"> • Zeitliche Ressourcen einplanen • Mitgliedschaft in Berufsverband/Fachverband/Gewerkschaft ermöglichen • Unterschiedliche Interessen/Möglichkeiten der Mitarbeitenden zulassen
Mögliche positive Effekte
<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeitenden wird die Erfüllung des 3. Mandats erleichtert • Kritische Haltung der Mitarbeitenden wird gestärkt • Mitarbeitende setzen sich vermehrt für die Interessen der Sozialen Arbeit ein • Organisationsmacht wird gestärkt
Mögliche Stolpersteine
<ul style="list-style-type: none"> • Fachpersonen müssen ihre Verpflichtung gegenüber dem 3. Mandat erkennen und als Teil des professionellen Handelns verstehen. • Kein Verständnis auf Seiten der Führungspersonen und Träger*innenschaften • Auseinandersetzung mit politischen Themen kann zur Kritik an der eigenen Institution führen. Diese Ambivalenz muss zugelassen werden.
Links
<ul style="list-style-type: none"> • Jetzt Mitglied bei AvenirSocial werden.